

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden, U. 16, Holbeinstr. 46

Telefon 21 369 Postfachkonto Leipzig Nr. 14797

Sächsische Volkszeitung

Abonnementpreis: Ausgabe A mit Illustr. wöchentlich 2.00 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 2.50 M. — Ausgabe B wöchentlich 1.50 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 2.00 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachmittags. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vormittags.

Einzelnen: Annahme von Geschäftsangelegenheiten bis 10 Uhr, von Familienangelegenheiten bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Zeitungsbeilage 40 Pf., im Restumsatz 1 M. Familien-Anzeigen 30 Pf. — Für unbenutzte geschriebene, sowie durch Fernsprecher aufgebundene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

Der Parteitag

Auf die Bekanntgabe des Termins des Parteitages für die Zentrumspartei des Reiches, erfolgte ein Dokument der Parteileitung und darauf ein recht kritischer Artikel der S. V. G. Nun nahm vor kurzem eine der Parteileitung sehr nahe stehende Seite im Stuttgarter „Deutschen Volksblatt“ in ziemlich heftiger Weise gegen die S. V. G. Stellung. Es wurde u. a. die Angriffe auf die Parteileitung wegen des Zementis zurückgewiesen und betont, daß nach der Lage der Dinge nicht der geringste Zweifel darüber besteht, daß der allgemeine Parteitag des Zentrums noch in diesem Herbst stattfinden wird. Ueber Zeit und Ort des Parteitages habe allein die Fraktion zu entscheiden.

Die Zentrumsfraktion der Nationalversammlung wird diese Entscheidung im Interesse der Gesamtpartei, wie im eigenen Interesse sobald als irgend möglich treffen. Sie bedarf dazu keinerlei Anfeuerung, denn sie hat unter den bisherigen Verhältnissen schwer zu leiden gehabt, und nur der harte Zwang der Verhältnisse hat sie gehindert, die Vorbereitungen zum Parteitag schon viel früher zum Abschluß zu bringen. Dringende Aufgaben von allergrößter Bedeutung nahmen die Fraktion in Anspruch. Der S. V. G. Artikel ruft den Eindruck hervor, als ob die Fraktion den Parteitag scheue. Das Gegenteil ist der Fall: die Zentrumsfraktion sehnt sich geradezu nach der Zeit, wo sie einmal wenigstens einige Tage mit ihren Parteifreunden im Lande unmittelbar, Auge in Auge, verkehren kann.

Kochmals wurde der Ueberlastung der Fraktion Erwähnung getan. Bei aller gerechten Würdigung der geleisteten Arbeit darf die Parteileitung aber sich nicht wundern, daß in der Wählerschaft es nicht recht verstanden wird, warum gerade die Zentrumsfraktion so viel mehr Ueberlastet sein soll, wie die anderen Parteien, z. B. die Mehrheitssozialisten, die doch alle schon längst ihren Parteitag abhielten. Es ist auch nicht recht verständlich, warum Zeit und Ort des Parteitages noch nicht haben endgültig festgelegt werden können. Billigerweise könnte man auch erwarten, daß von den leitenden Parteinstanzen baldigt bekanntgegeben wird, in welchen Richtlinien der Ausbau des Parteitages gedacht ist. Im Interesse der doch immerhin für das Ganze beträchtlichen Zahlen der Zentrumswähler, die keinen Abgeordneten in die Fraktion haben entenden können, ist es dringend zu wünschen, und für das weitere Anwachsen des Zentrumsgedankens überhaupt ist es von größter Bedeutung, daß die Basis auf welcher die Delegierten zum Parteitage gewählt werden eine möglichst breite ist und sich nicht auf die Wahlkreise aufbaut.

Wir denken uns z. B. die Wahl der Delegierten nach Ländern und Provinzen nach Maßgabe der dort abgegebenen Stimmzahl, wobei die Möglichkeit bestehen muß, daß zwei Länder wie z. B. Sachsen und Thüringen ihre Stimmzahl vereinigen können. Es wird wohl jedem einleuchten, daß der Parteitag nur auf breiterer demokratischer Grundlage unter möglicher Berücksichtigung auch der kleinsten Wählerblöcke aufgebaut werden muß, damit der Zusammenhang mit der großen Partei in allen Teilen des Reiches sich immer inniger gestalten kann. Alle die Provinzen und Länder, wie wir hier in Sachsen, die keine Abgeordneten in die Nationalversammlung entsenden konnten, haben das dringende Bedürfnis, nicht nur mit beratender sondern auch mit beschließender Stimme an den Aufgängen der Partei auf dem Parteitage mitzuarbeiten und dort wenigstens unsere örtlichen Wünsche zur Geltung bringen zu können.

Wir können unsere Wünsche und Vorschläge aber nur dann zu Gehör bringen, wenn der Entwurf des Parteitages in der Parteipresse zur Debatte gestellt wird.

Wie wir von gut informierter Seite hören, ist durch die oben erwähnte Erklärung keineswegs Verhütung über die Frage des Parteitages entstanden. Im Gegenteil hat sich in weiten Kreisen der Eindruck verstärkt, daß man mit einer erneuten Verzögerung rechnen müßte, ja mit einer eventuellen gänzlichen Sistierung. Wir können und wollen diesen Gerüchten keinen Glauben schenken. Wir sind davon überzeugt, daß die Parteileitung weiß, welche ungeheure Wichtigkeit der Parteitag für die kommende Reichstagswahl hat. Es muß genügend Zeitraum zwischen der Neuwahl und dem Parteitag liegen. Die Rechtsparteien haben nach Zeitungsmedungen ihren Aufmarsch schon vollzogen. Die nationaldemokratische Partei soll schon ihre gesamte Kandidatenliste fertiggestellt haben. Der Wahlkampf wird ein ungeheuer heftiger werden. Das Zentrum wird den heftigsten Angriffen von rechts und links ausgesetzt sein. Darum ist es für die Partei eine Lebensnotwendigkeit, daß sie ein klares Programm aufstellt. Dieses Programm kann und

darf aber nur unter Mithilfe der breiten Wählerschaft aufgestellt werden. Es geht unter keinen Umständen, daß aus der Fraktion heraus von oben die Richtlinien diktiert werden. Darum ist der Parteitag für uns die wichtigste Forderung und zugleich die Entscheidung ob wir in alter Festigkeit aus dem Wahlkampf hervorgehen werden.

Ein Eintritt der Unabhängigen in die Regierung

Von unserer parlamentarischen Vertreter:

In einem Teile der Deutschen Presse kommt man in den letzten Tagen mehrfach einer Berliner Nachricht bezugehen, wonach mit einem nahe bevorstehenden Eintritt der Unabhängigen in die Regierung zu rechnen sei. Wenn man nicht auf den Gedanken kommen wollte, daß diese Mitteilung einen von unabhängiger Seite selbst losgelassenen Verleumdungskonzept darstellt, müßte man andererseits annehmen, daß es sich lediglich um eine pausenfüllende politische Geschichtsträger handelt.

Bei der jetzigen parlamentarischen Zusammensetzung unserer Nationalversammlung wäre eine Teilnahme der Unabhängigen nur dann möglich, wenn diese sich bereit fänden, zusammen mit den Mehrheitssozialisten und Vertretern der Mehrheitsparteien, des Zentrums und der demokratischen Fraktionen, zu arbeiten. Die Unabhängigen haben aber schon immer erklärt, daß für sie ein Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien ganz unmöglich ist. Dann bliebe aber nur noch der eine Ausweg offen, daß Mehrheitssozialisten und Unabhängige allein eine Regierung bildeten. Aber auch selber die Mehrheitssozialisten machen gar keinen Hehl daraus, daß für sie ein politisches Band in Hand arbeiten mit den Unabhängigen zur Zeit unmöglich ist, während andererseits die Unabhängigen sich weigern würden, mit den von ihnen so scharf bescholten „Regierungssozialisten“ zusammen zu arbeiten. Diese letzteren müßten eine ganz gewaltige Wandlung nach links durchzuführen, wenn sie Gnade vor den Augen der Unabhängigen finden wollten. Allerdings darf man die geräuschvollen Auseinandersetzungen, die innerhalb der Linken sich abspielt haben und noch abspielen, nicht immer für bare Münze nehmen. Man hat auch Beispiele, — siehe Sachsen! — die beweisen, daß die Unabhängigen auch anders denken können, wenn es sich um ihren politischen Vorteil handelt. In Sachsen haben sie mit den Mehrheitssozialisten eine Regierungsbildung übernommen und diese vor der Öffentlichkeit mit geradezu drohlich ankundenden Motiven begründet. Man auf einmal waren ihnen die Mehrheitssozialisten nicht mehr die verächtlichen „Koschekjäger“, sondern sie schlossen mit ihnen einen engen Bund, weil es in ihr politisches Geschäft ganz mit so paßte. Man braucht sich nun wahrhaftig gar nicht darüber zu verwundern, wenn die Unabhängigen auch im Reich eine anderen „Tritt“ finden würden. Es wäre gar nicht daran zu zweifeln, daß sie, wenn sie bei dieser politischen Konstellation auf ihre Kosten kämen, auch im Reichsparlament und in der Regierung mit den Mehrheitssozialisten einen Bund schließen. Sie würden das aber sicher nur dann tun, wenn die größeren politischen Vorteile auf ihrer Seite wären. Die Unabhängigen sind durchaus kluge Rechner, als solche würden sie gewiß keine Gelegenheit veräumen, die sie etappenweise ihren Endzielen näher bringen würde. Kann das mit einem, wenn auch nur vorübergehenden Zusammenschluß mit den Mehrheitssozialisten, die dann allerdings diesen Namen nicht lange mehr tragen würden, zu erreichen wäre, so würden die Unabhängigen ganz gewiß zugreifen. Die augenblickliche politische Lage aber macht in höchstem Grade ein solches aktives Betheiligen der Unabhängigen an der Regierung und an Parlament unwahrscheinlich. Die Voraussetzung wäre ja die Anerkennung der Reichsverfassung und der in ihr verankerten demokratisch-republikanischen Staatsform durch die Unabhängigen, die doch aber ihrerseits eine rein sozialistische Regierung, also unter Ausschaltung des bürgerlichen Elementes anstreben. Für eine solche Regierungsform aber sind die Dinge nun doch nicht reif. Man darf vielmehr annehmen, daß im Bürgerthum, zu dem die Arbeiterschaft doch auch zugerechnet werden muß, der Widerstand gegen eine einseitige Orientierung der politischen Kraftverteilung fortschreitend wächst. Einen Ueberblick darüber werden erst die nächsten Wahlen zum ersten regulären Parlament der deutschen Republik gestatten können. Ob die Unabhängigen nicht den Beweis dafür erbringen können, daß sie wenigstens den guten Willen haben, an Wohle des deutschen Volkes mitzuarbeiten, wird man auch gar nicht daran denken können, ihnen das Schicksal des Reiches anzuvertrauen.

Die Deutsche Antwort

Berlin, 4. September. Die deutsche Regierung hat ihre Vertreter in Versailles beauftragt, dem Ministerpräsidenten Clemenceau auf die Note über die Verfassungsbestimmungen hinsichtlich der Bundesstaaten die nachstehende Antwort zu schreiben:

Die verbündeten und assoziierten Regierungen haben in ihrer Note vom 2. d. M. die Verletzung des Artikels 61 Absatz 2 der deutschen Verfassung durch das Recht der Verbündeten und Assoziierten im Reichsrat als eine wesentliche Bedingung für die Unterzeichnung des Artikels 80 des Friedensvertrages an und fordern deshalb von der deutschen Regierung, daß sie innerhalb einer Frist von 14 Tagen die notwendigen Maßnahmen trifft, um diese Verletzung durch Revision der Verfassung des Artikels 61 Absatz 2 zu beseitigen. Die deutsche Regierung erklärt hierzu folgendes:

Die deutsche Friedensdelegation in Versailles hat in ihren den Vertretern der verbündeten und assoziierten Regierungen am 20. Mai d. J. überreichten Bemerkungen zu den Friedensbedingungen bei Förderung des Artikels 80 der Bedingungen darauf hingewiesen, daß Deutschland nie die Pflicht gehabt habe noch haben werde, die deutschösterreichische Grenze gewalttätig zu verschieben, daß es aber nicht die Verpflichtung übernehmen könne, sich einem etwaigen Wunsche der Bevölkerung Oesterreichs nach Wiederherstellung des staatlichen Zusammenhanges mit dem deutschen Stammlande zu widersetzen.

Die verbündeten und assoziierten Regierungen haben in ihrer Antwort vom 16. Juni d. J. darauf erwidert, daß sie von dem deutschen Recht auf eine gewalttätige Verschiebung der deutschösterreichischen Grenze Kenntnis nehmen.

Darüberhinaus ist bereits angenommen worden, daß es den Bestimmungen des Artikels 80 des Friedensvertrages, der in seinem Inhalt sich ausdrücklich auf die künftige Möglichkeit einer mit Zustimmung des Völkerbundes erfolgten Veränderung der Grenzen Selbstbestimmt Oesterreichs hinweist, nicht widerspreche, wenn diese Möglichkeit durch eine friedliche, den Bestimmungen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker entsprechende Verhandlung zwischen den beiden Ländern herbeigeführt würde.

Trotz dieses Sachverhalts hatten die verbündeten und assoziierten Regierungen die Zulassung deutschösterreichischer Vertreter zum Reichsrat für unvereinbar mit der im Artikel 80 des Friedensvertrages gemachten Unabhängigkeit des Landes.

Deutschland hielt sich gegenüber der Note der verbündeten und assoziierten Mächte vom 2. September nicht in der Lage, seinen bisherigen Standpunkt in dieser Frage aufrechtzuerhalten. Dadurch wird jedoch eine Aenderung des Verlautes der deutschen Reichsverfassung nicht erforderlich.

Die verbündeten und assoziierten Regierungen haben in ihrer Note bereits auf den Artikel 178 der Verfassung hingewiesen, der schließlich vorschreibt, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages durch die Verfassung nicht berührt werden. Dieser Artikel verbietet keine Unternehmung des Bestrebens, jeden etwa hervorzuheben Widerspruch zwischen den Vorschriften der Verfassung und den in ihrer Tragweite vielfach zweifelhaften Bestimmungen des Friedensvertrages unter allen Umständen auszuschließen. Der Vorbehalt des Artikels erstreckt seine Wirkung auf alle Vorschriften der Verfassung, mithin auch auf die erwähnte Vorschrift des Artikels 61 Absatz 2.

Die deutsche Regierung erklärt demnach, daß die Vorschrift des Artikels 61 Absatz 2 der Verfassung solange kraftlos bleibt, bis insbesondere eine Zulassung von Vertretern Deutschösterreichs zum Reichsrat solange nicht erfolgen kann, als nicht der Rat des Völkerbundes gemäß Artikel 80 des Friedensvertrages einer Aenderung der staatlichen Verhältnisse Deutschösterreichs zustimmt.

Obwohl die Angelegenheiten mit der vorstehenden Erklärung dem Wunsche der verbündeten und assoziierten Regierungen entsprechend erledigt wird, sieht sich die deutsche Regierung doch noch zu folgenden grundsätzlichen Bemerkungen veranlaßt:

Die deutsche Regierung hat nach ihrer Ansicht keinen Anlaß dazu gegeben, das Verlangen nach Aufklärung vermeintlicher Widersprüche der deutschen Verfassung mit dem Friedensvertrag in einer derart scharfen Form zu stellen, wie dies in der Note der verbündeten und assoziierten Regierungen ist. Wenn diese Regierungen für den Fall einer Ablehnung ihrer Forderung mit einer Ausdehnung der Besetzung drohen, und sich hierfür auf den